

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 30.01.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:11 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU bis ca. 18:45 Uhr

Vertretung für: Herrn Björn Hinrichs

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU bis ca. 19:48 Uhr

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Andreas Becker - SPD bis ca. 18:40 Uhr

Herr Hans-Joachim Jäger

Herr Andreas Kyrath

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Dr. Eva Goclik - Vertreterin der Umweltverbände

Gäste

Herr Friedrich Metje - Seniorenrat

Herr Uwe Mickler - Polizei BS, Einsatz und Verkehr

Herr Ulrich Volkmann - Bezirksbürgermeister 114 Volkmarode

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Thorsten Warnecke - FBL 61

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Albrecht Curiel - 66.1 / BSVG
Herr Dr. Engelbert Linnenberg - 66.1
Herr Thomas Gekeler - 61.4
Herr Dietmar Gerstenberg - 66.3
Frau Gabriele Günther - 61.1
Herr Klaus Hornung - RefL 0610
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Michael Loose - FBL 67
Herr Ulrich Prote - 61.7
Herr Bernd Schmidbauer - 61.1
Frau Amrit Bruns - 66.1
Herr Jasper Märtens - 66.1
Herr Burkhard Wiegel - 66.2
Frau Julia Matoš - 0600, Geschäftsführung PIUA

Abwesend

Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P2	entschuldigt
Herr Björn Hinrichs - CDU	entschuldigt
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Herr William Labitzke - SPD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Vortrag zur Arbeit des Gestaltungsbeirates im Jahr 2018
 - 3.2 Vortrag zum Sachstand des Naturnahen Naherholungskonzeptes Bienroder Kiesteich
 - 3.3 Vorentwurf alternatives Konzept des Ingenieurbüros Miebach Neubau Fischerbrücke Leiferde 18-08782-01
 - 3.4 Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2019 - 2021 18-09709
 - 3.5 Abschluss Bodensanierung Feldstraße 19-09924
 - 3.6 Versetzen bzw. Neuauflistung von Sitzbänken auf dem Platz der Deutschen Einheit 19-09828

3.7	.Kreuzung Salzdahlumer Straße / Fichtengrund und des Fichtengrundes (Vorlage 18-08784)	18-09448-01
3.8	.3. Kompaktbericht Stadtbahnausbau	19-09952
3.9	.Sachstand Bauantrag Burggasse Braunschweig	19-09957
4	Anträge	
4.1	.Burgpassage	19-09934
4.2	.Jasperallee - Denkmalschutz	18-09764
4.2.1	.Jasperallee - Denkmalschutz	18-09764-01
5	.138. FNP-Änderung "Volkmarode-Nordost" und Bebauungsplan "Volkmarode-Nordost", VO 45 Stadtgebiet westlich Berliner Heerstraße, Schafbade, nordöstlich Pfarrwiese und Bauerwiese Aufstellungsbeschluss	18-09759
6	.Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet: Teilbereiche der Straßen Hannoversche Straße, Saarstraße, A 391, Hildesheimer Straße und Schölkestraße Auslegungsbeschluss	18-09046
6.1	.Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet: Teilbereiche der Straßen Hannoversche Straße, Saarstraße, A 391, Hildesheimer Straße und Schölkestraße Auslegungsbeschluss	18-09046-01
7	.Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62 Stadtgebiet südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der Volkmaroder Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-09931
8	.Änderung des städtebaulichen Vertrages "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62, für den Bereich südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der Volkmaroder Straße	19-09818
9	.Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau - Bahnstadt	18-09776
10	.Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel", Einsatz von Städtebaufördermitteln/Neugestaltung Durchwegung inkl. Müllstandort Am Lehmann 11 - 13	18-09740
11	.Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße Beschlussvorlage	18-09261
11.1	.Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße	18-09261-01

Beschlussvorlage

12	.Neubau Okerbrücke Leiferde	.18-09743
13	.Signalisierung der Kreuzung Sachsendamm/Schlesiendamm/Anschlussstelle Heidberg	.18-09356
14	.Einführung einer flächendeckenden Tempo-30-Zone im gesamten Gebiet Schwarzer Berg	.19-09947
15	.Verzicht auf Planfeststellung für die Sanierung der Gleisanlagen am Knotenpunkt Berliner Straße/Querumer Straße/An der Wabe	.18-08809
16	.Gewährung eines Zuschusses als kommunale Wohnraumförderung an das Studentenwerk OstNiedersachsen AdöR	.19-09831
17	.Anfragen	
17.1	.Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs: "Bike+Ride-Offensive"	.19-09845
17.1.1	.Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs: "Bike+Ride-Offensive"	.19-09845-01
17.2	.Attraktive Fahrradstadt Braunschweig: Postgleis und Ringgleis	.19-09883
17.2.1	.Attraktive Fahrradstadt Braunschweig: Postgleis und Ringgleis	.19-09883-01
17.3	.Umgestaltung Johannes-Selenka-Platz	.19-09933
17.3.1	.Umgestaltung Johannes-Selenka-Platz	.19-09933-01
17.4	.Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße (DS 18-09261) Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg (DS 17-14831)	.19-09846
17.4.1	.Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße (DS 18-09261) Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg (DS 17-14831)	.19-09846-01
17.5	.Die Situation der verbliebenen Bewohner des Holzmoors	.19-09892
17.5.1	.Die Situation der verbliebenen Bewohner des Holzmoors	.19-09892-01
17.6	.Renaturierung Wabe-Süd	.19-09909
17.6.1	.Renaturierung Wabe-Süd	.19-09909-01
17.7	.Mündliche Anfrage: Nahversorgung in Bevenrode - Sachstand	

- 17.8 Mündliche Anfrage: Entwicklung geschützter Tierarten - Monitoring, Landschaftsrahmenplan - Sachstand und Öffentlichkeitsarbeit
- 17.9 Mündliche Anfrage: Wildschweine - Sachstand und ggf. Maßnahmen (aufbauend auf Stellungnahme 18-07947-01)

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Ratsfrau Palm, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Eine Ergänzung der Tagesordnung erfolgte nicht.

Die Mitteilungen zu den Tagesordnungspunkten 3.9 und 4.2.1 wurden nachversandt. Aufgrund thematischer Verwandtschaft wird sich darauf verständigt, folgende Tagesordnungspunkte jeweils zusammen zu erörtern:

12 und 3.3,
3.9 und 4.1,
9 und 17.2,
11, 11.1 und 17.4.

Dieser Tagesordnung wird zugestimmt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.12.2018

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

3. Mitteilungen

3.1. Vortrag zur Arbeit des Gestaltungsbeirates im Jahr 2018

Frau Günther, Abt. 61.1, trägt inkl. Beamer-Präsentation vor.

Frau Dr. Goclik, Ratsherren Dr. Büchs und Dr. Mühlnickel nehmen es so wahr, dass der Gestaltungsbeirat stark städtebaulich geprägt ist und sich viel mit Fassadengestaltung beschäftigt. Die Einbindung ins Umfeld und die Gestaltung der Grünflächen (ökologische Gesichtspunkte) gehören aus ihrer Sicht mehr gewürdigt.

Stadtbaudirektor Leuer betont, dass dies bei konkret vorgestellten, kurz vor dem Abschluss stehenden Projekten in 2018 zutrifft, aber nicht im Allgemeinen. Eine Änderung der Zusammensetzung bzw. Mehrheitsverhältnisse im Beirat seien nicht angedacht. Er betont das gute Funktionieren und die hohe Qualifikation des Gestaltungsbeirates u. a. in den Bereichen Städtebau, Ökologie, Architektur inklusive externer Beratungen.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

3.2. Vortrag zum Sachstand des Naturnahen Naherholungskonzeptes Bienroder Kiesteich

Herr Prote trägt inklusive Beamer-Präsentation zur geplanten Aufwertung des Bienroder Kiesteichs vor. Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein Konzept, um den landschaftlich-naturnahen Charakter dauerhaft zu erhalten und die Potentiale der Naherholung weiterzuentwickeln. Das detaillierte Sanierungskonzept wird im Sommer 2019 vorgelegt.

2020 soll es insbesondere einen gut nutzbaren Rundweg um den See geben.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt nach Erkenntnissen zum Einzugsgebiet.

Herr Prote zeigt eine Stellplatzproblematik auf. Der naturnahe Kiesteich werde nicht nur von Anwohnerinnen und Anwohnern Bienrodes genutzt, sondern entfalte Anziehung im nördlichen Stadtgebiet, besonders in den Sommermonaten im Rahmen der stadtnahen Erholung.

Auf Anfrage von Frau Dr. Goclik betont Herrn Prote, es sei eingeplant, Schutzmaßnahmen für dort lebende Tierarten zu schaffen. Frau Dr. Goclik bittet zu berücksichtigen, dass Bruchkanten als Bruthabitate dienen können.

Ratsherr Dr. Büchs fragt, wie Konflikten zwischen Nutzergruppen vorgebeugt werden soll. Herr Prote erläutert, dass Abstimmungen mit dem Anglerverein erfolgt sind. Anregungen folgend, werden mehrere dezentrale Angebote geschaffen.

Ratsherr Dr. Mühlnickel befürwortet die Erarbeitung des Konzepts. Er fragt nach dem Standort für den vorgesehenen Grillplatz und regt eine Verortung nahe den Toiletten an. Herr Prote bestätigt dies.

Ratsherr Dr. Mühlnickel fragt nach der Finanzierung in 2019.

Der vorläufige Zeitplan sieht vor, dass der Beschäftigungsbetrieb der Volkshochschule (VHS Arbeit und Beruf GmbH) 2019 beginnt, die Nutzungsmöglichkeiten zu erhöhen. Ca. 25.000 bis 30.000 € sind für Aufwertungsmaßnahmen verfügbar.

Ratsfrau Palm regt perspektivisch Verbesserungen an der Bushaltestelle am Kiesteich an. Herr Prote erklärt, dies sei angedacht in der 2. Ausbauphase, frühestens im Jahr 2022.

Ratsherr Manlik fragt, inwieweit sensible mit der Freikörperkultur umgegangen wird. Herr Prote führt an, dass eine räumliche Distanz zum Kinderspielplatz, auch unter Berücksichtigung der Grundschule Waggum, mit der man in Kontakt stehe, gewahrt werde. Auf einen Hinweis von Herrn Dr. Mühlnickel eingehend, führt Herr Prote aus, dass es Ziel sei, das Gebiet attraktiv für die schulische und außerschulische Nutzung der Grundschüler Waggum zu gestalten.

Auf eine Frage von Ratsfrau Mundlos eingehend, stellt Herr Prote fest, Nutzungskonflikte aufgrund badender Hunde seien der Verwaltung bisher nicht bekannt. Frau Dr. Goclik bekräftigt diese Wahrnehmung.

Ratsherr Kühn schlägt vor, sofern dies im Sinne des Bezirksrates ist, in Bienrode zu testen, komplett auf Papierkörbe und zentrale Abfall-Container zu verzichten, damit der Müll mitgenommen wird. Am Heidbergsee könne man nämlich beobachten, dass Abfallbehälter oft überfüllt seien, von Vögeln geplündert werden und der Wind den Müll verteile.

Die Präsentation ist auf Wunsch des Ratsherrn Dr. Mühlnickel dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

3.3. Vorentwurf alternatives Konzept des Ingenieurbüros Miebach Neubau Fischerbrücke Leiferde 18-08782-01

Erörterung zusammen mit TOP 12, Beschlussvorlage 18-09743. Siehe dortiges Wort-protokoll.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4. Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2019 - 2021 18-09709

Ratsfrau Palm bittet die Verwaltung, die betroffenen Stadtbezirksräte zu informieren.

Protokollnotiz: Die Informierung ist durch die Bezirksgeschäftsstellen erfolgt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5. Abschluss Bodensanierung Feldstraße 19-09924

Auf Nachfrage von Herrn Becker erklärt Stadtbaurat Leuer, dass Kostenersparnisse, wie sie hier aufgetreten sind, zunächst als Deckungsreserve für Kostenerhöhungen in anderen Bereichen dienen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Johannes teilt Herr Warnecke mit, dass der asphaltierte Verbindungs weg bei der Autobahn erhalten bleibt und für den Fuß- und Radverkehr freigegeben ist. Weitere Erläuterungen folgen bei der bereits terminierten Ortsbesichtigung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.6. Versetzen bzw. Neuaufstellung von Sitzbänken auf dem Platz der Deutschen Einheit 19-09828

Ratsfrau Mundlos bittet in zukünftigen Anwendungsfällen ein seniorengerechtes Modell (u. a. mit mindestens 48 cm hoher Sitzfläche) auszuwählen. Stadtbaurat Leuer sagt eine Berücksichtigung dieses Hinweises durch den Fahrbereich Tiefbau und Verkehr zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.7. Kreuzung Salzdahlumer Straße / Fichtengrund und des Fichtengrundes (Vorlage 18-08784) 18-09448-01

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.8. 3. Kompaktbericht Stadtbahnausbau 19-09952

Stadtbaurat Leuer gibt wesentliche Entwicklungen und Erkenntnisse seit dem 2. Kompaktbericht (18-08865) wieder. Kosten für Ausgleich und Ersatz sind in den Kostenaufstellungen beinhaltet.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.9. Sachstand Bauantrag Burggasse Braunschweig 19-09957

Erörterung gemeinschaftlich mit TOP 4.1, DS 19-09934. Siehe dortiges Wortprotokoll.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4. Anträge**4.1. Burgpassage** 19-09934

Stadtbaurat Leuer erläutert den aktuellen Sachstand.

Ratsfrau vom Hofe erkundigt sich nach der Planungssicherheit im Sinne von Wahrscheinlichkeit einer baldigen Umsetzung des vorgestellten Investitionsvorhabens.

Ratsherr Dr. Mühlnickel fragt nach dem voraussichtlichen Zeithorizont und welche Schritte für die Baugenehmigung noch offen sind.

Bürgermitglied Dr. Schröter fragt, inwieweit die benachbarte Substanz, deren Abriss nicht geplant ist, ihre Denkmaleigenschaft behalten werde.

Ratsherr Dr. Büchs spricht sich grundsätzlich für eine Neugestaltung und Aufwertung der

Burgpassage aus. Die Verwaltung solle sich jedoch durch den von potenziellen Mietern, Einzelhändlern und Interessensverbänden erzeugten Druck nicht in eine rechtswidrige Genehmigung des Bauantrags unter Nichtbeachtung des Denkmalschutzes treiben lassen. Wünschenswert sei mehr Flexibilität des Investors. Er zeigt Optionen auf, bei denen die Eingangsbereiche ebenfalls offen gestaltet sind und mehr denkmalgeschützte Substanz erhalten bleibt. Braunschweig könne es sich nicht leisten, jene Reste des alten historischen Stadtkerns zu opfern, die der Krieg übrig gelassen habe. Denkbar sei, die abzureißenden Fassadenteile (gegebenenfalls fondsfinanziert) für die Nachwelt zu konservieren und gegebenenfalls später wieder aufzubauen, ähnlich wie beim Schlossabriss 1960.

Stadtbaudirektor Leuer führt aus, dass offen gestaltete Eingänge an beiden Seiten der Burggasse für den Investor unverzichtbar seien. Es sei nicht abzusehen, dass der Investor von der gestalterischen Planung abrücke. Der Umgang mit der Schlossfassade sei aufgrund anderer Eigentumsverhältnisse nicht vergleichbar.

Vor einer Umsetzung sind noch erforderliche Schritte für die Genehmigung, u. a. zu Abstandsflächen, die offizielle Beteiligung der Eigentümer der Nachbargebäude, mit hoher Priorität zu bearbeiten. Die bisherige Dauer sei nicht auf Versäumnisse seitens des Investors oder der Verwaltung zurückzuführen, sondern vielmehr auf das Volumen und die Komplexität des Bauvorhabens. Die städtische Genehmigungsbehörde handele im Rahmen ihres Ermessensspielraum und genehmige den Bauantrag - nach umfassender Einbindung des MWK - in seiner Gesamtheit.

Zu der Frage denkmalrechtlicher Auswirkungen auf benachbarte Gebäude beim Teilabriß des Ensembles an Hutfiltern und Schuhstraße erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass das Niedersächsische Landesamt für Denkmalschutz (NLD) über die Denkmaleigenschaft entscheidet. Stadtbaudirektor Leuer betont abschließend, dass die Verwaltung dem berechtigten Interesse der Öffentlichkeit und dem politischen Meinungsbildungsprozess ausreichend Raum gegeben hat. Bei der möglichen Erteilung einer Baugenehmigung handelt es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Beschlussvorschlag:

"Hiermit beantragt die BIBS-Fraktion die Aufnahme des regulären Tagesordnungspunktes zum oben benannten Thema. Wir bitten um Sachstandsbericht und behalten uns vor, Anfragen und Anträge zu stellen."

Die Verwaltung gibt als TOP 3.9 die Mitteilung "19-09957 Sachstand Bauantrag Burggasse Braunschweig" zur Kenntnis. TOP 3.9 und TOP 4.1 werden durch die Ausschussmitglieder gemeinsam erörtert. Damit ist das im Antrag formulierte Anliegen vollständig erfüllt.

Von 16:32 bis 16:39 Uhr wird die Sitzung für die Einwohnerfragestunde unterbrochen. Thematisiert werden Photovoltaik und Solarkataster der Stadt Braunschweig.

4.2. Jasperallee - Denkmalschutz

18-09764

Beschlussvorschlag:

"Die BIBS-Fraktion beantragt, die Verwaltung möge bei der oberen Denkmalschutzbehörde um eine Stellungnahme bitten, ob es von der Praxis des Denkmalschutzes her gesehen unabdinglich ist, alle Einzelbäume oder das Gesamtensemble der Alleebahnen auf großen Abschnitten auf einmal zu fällen und so in den denkmalgeschützten Bestand der Allee einzugreifen."

Beschluss:

„Der Planungs- und Umweltausschuss stellt fest, dass der Antrag 18-09764 mit der Mitteilung 18-09764-01 (TOP 4.2.1) erledigt ist.“

Abstimmungsergebnis zum "Erledigt"-Status des Antrags:

Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

Protokollnotiz: Der "Erledigt"-Status wird nicht wirksam.

Der Antrag wird im Anschluss durch Verwaltungsausschuss und Rat beraten.

In der Verfügung des Oberbürgermeisters vom 30. August 2017 zur Rücknahme von Fraktionsanträgen in den Sitzungen der Fachausschüsse heißt es u. a. "Anträge einzelner Ratsmitglieder sind dem Zugriff aller übriger Ratsmitglieder entzogen. Sie können nur von dem antragstellenden Ratsmitglied selbst zurückgenommen werden." Bei Fraktionsanträgen werden Rücknahmegerklärungen akzeptiert, wenn das Ratsmitglied gegenüber dem Ausschussvorsitz erklärt, dass die Rücknahme mit dem Fraktions-/Gruppenvorsitz abgestimmt ist und kein begründeter Anlass besteht, an dieser Erklärung zu zweifeln.

Im hier vorliegenden Fall hat der der antragstellenden BIBS-Fraktion zugehörige Ratsherr Dr. Büchs eine Rücknahme des Fraktionsantrags abgelehnt.

4.2.1. Jasperallee - Denkmalschutz

18-09764-01

Mit der Argumentation, dass die 4-seitige Mitteilung 18-09764-01 erst 1,5 Stunden vor Sitzungsbeginn vorlag, meldet Ratsherr Dr. Büchs Beratungsbedarf an, um das Schreiben in der Fraktion und mit externen Experten zu diskutieren. In der PIUA-Sitzung am 20. März 2019 solle es eine Neubefassung mit dem Denkmalschutz auf der Jasperallee geben.

Die übrigen Ausschussmitglieder lehnen dies ab. Ratsfrau Palm verweist darauf, dass die Verwaltung bereits vollumfänglich das von der BIBS-Fraktion Beantragte getan habe, indem die Stellungnahme des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) und damit der Obersten Denkmalschutzbehörde vorgelegt wurde. Ratsfrau Mundlos ergänzt, es sei absehbar, dass durch eine nochmalige Diskussion kein Erkenntnisgewinn erzielt werden könne. Die Positionierung, dass keine denkmalschutzrechtlichen Bedenken an den Plänen bestehen, sei prägnant und glasklar, innerhalb kürzester Zeit erfassbar, sodass der späte Versand der Mitteilung unschädlich sei. Mehrere Ausschussmitglieder äußern den Verdacht, dass es der BIBS-Fraktion um Zeitgewinn gehe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. 138. FNP-Änderung "Volkmarode-Nordost" und Bebauungsplan "Volkmarode-Nordost", VO 45

18-09759

Stadtgebiet westlich Berliner Heerstraße, Schafbade, nordöstlich Pfarrwiese und Bauerwiese Aufstellungsbeschluss

Bezirksbürgermeister Volkmann führt aus, den Bezirksratsmitgliedern Volkmarode sei bewusst, dass man sich in einem sehr frühen Planungsstadium befindet. Es sei für sie wichtig, folgende Wünsche und Anliegen frühzeitig zu formulieren, damit diese berücksichtigt werden können:

- Marktplatz schaffen
- räumliche Bedingungen in der Grundschule verbessern (derzeit Nutzung von Containern, Bau weiterer Klassenräume nicht geplant), eine Gantagsschule wird als sinnvoll erachtet,
- Kindergarten (Hort- und Kita-Plätze bereits jetzt knapp),
- altersgerechte Wohnungen schaffen,
- Naturschutz in den Biotopen gewährleisten,
- Hinweisen des Heimatpflegers nachgehen, inwieweit es archäologisch Wertvolles im Bereich der Schafbade gibt.

Zum geplanten Stadtbahnausbau bringt Herr Volkmann die Frage an, inwieweit die Wendeschleife der Stadtbahn anders stationiert werden kann. Es sei zudem wünschenswert, im Interesse der Dibbesdorfer den Verlauf der geplanten Stadtbahntrasse nachzubessern.

Das Baugebiet begrüßt der Bezirksrat Volkmarode ausdrücklich. Vom Aufgreifen der Anliegen könnten sowohl Bestandsbürger als auch Neubürger profitieren, betont Bezirksbürgermeister Volkmann.

Stadtbaudirektor Leuer bedankt sich für die Anregungen, die für weitergehende Planungen geprüft werden.

Ratsherr Manlik regt an, die nicht bebaubaren ca. 100 m neben der Hochspannungsleitung mit zu beplanen, auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung Dibbesdorf.

Frau Dr. Goclik betont, dass es sich bei der Schafbade um ein naturnahes Gewässer mit Amphibienvorkommen handelt. Es sei daher für den Naturschutz wichtig, für den Amphibienwechsel eine Anbindung an den Sandbach bzw. die Schunteraue offenzuhalten.

Beschluss:

1. „Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die 138. Änderung des Flächennutzungsplans „Volkmarode-Nordost“ beschlossen.“
2. "Für das im Betreff genannte und in Anlage 2 dargestellte Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Volkmarode-Nordost“, VO 45 beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 6. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 18-09046**
Stadtgebiet: Teilbereiche der Straßen Hannoversche Straße,
Saarstraße, A 391, Hildesheimer Straße und Schölkestraße
Auslegungsbeschluss

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-09046-01.

- 6.1. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 18-09046-01**
Stadtgebiet: Teilbereiche der Straßen Hannoversche Straße,
Saarstraße, A 391, Hildesheimer Straße und Schölkestraße
Auslegungsbeschluss

Herr Warnecke führt in die Vorlage ein.

Herr Dr. Schröter, Ratsfrauen Gries und Schneider sowie Ratsherr Dr. Mühlnickel regen an, den Anmerkungen aus dem Stadtbezirksrat 321 Rechnung zu tragen, indem über eine Ergänzung des Beschlussvorschlags wie folgt abgestimmt wird:

„Die Siedlungsstruktur zu erhalten, soll entweder über die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans oder einer örtlichen Bauvorschrift sichergestellt werden.“

Es solle möglich sein, den Abriss wertigen Altbestands und Neubau solcher Architektur, die sich nicht harmonisch in den Ortskern einfüge, zu verhindern. Problematisch sei z. B., dass § 34 BauGB keine Vorgaben zu Fassaden- und Dachgestaltung vorsieht.

Aus Sicht von Ratsherr Kühn ist die frühzeitige Transparenz bestehender Regelungen und Gestaltungsspielräume ein gutes Mittel zur Zielerreichung. Mittelfristig sei es denkbar, die Verwaltung mit dem Erstellen einer Handreichung für Bauwillige zu beauftragen.

Ratsfrau Palm macht darauf aufmerksam, dass eine mögliche Präjustizierung für stadtweit vorkommende Bereiche außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplans bzw. einer örtlichen Bauvorschrift (z. B. Univiertel, Östliches Ringgebiet) bedenklich sei.

Stadtbaurat Leuer bekräftigt, die Bedenken vollziehe er inhaltlich nach. Die Tragweite bestehender Regularien aus den 1930ern sei sehr gering, da diese im Wesentlichen nicht mehr anwendbar seien. Durch die angeregte Ergänzung des Beschlussvorschlags können nicht sämtliche mögliche Fehlentwicklungen unterbunden werden. Es stehe vielmehr zu befürchten, dass die Dynamik gewollter baulicher Veränderungen (z. B. Schaffung zusätzlicher und altersgerechter Wohnungen, Schaffung von Arbeitsplätzen) ausgebremst und damit unattraktiv werde. Stadtbaurat Leuer und Herr Warnecke betonen, dass hinreichende Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Eine Bauberatung im Zuge des Bauantrags sei regelmäßig ein geeignetes Mittel, um Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Ratsfrau Johannes bittet, dem Stadtbezirksrat 310 Westliches Ringgebiet die Beschlussvorlage zur Kenntnis zu geben. Herr Warnecke erklärt, warum eine Anhörung unterblieben ist.
Protokollnotiz: Mit der Drucksache 18-09775 (Mitteilung außerhalb von Sitzungen) wurden die Beschlussvorlagen 18-09046 (LE 2) sowie 18-09062 (LE 21) den Mitgliedern des Stadtbezirksrates 310 am 7. Januar 2019 zur Kenntnis geben. Die Ergänzungsvorlage 18-09046-01 berührt die Belange dieses Stadtbezirksrates nicht.

Frau Dr. Goclik fragt, warum bei einem so hohen Gartenanteil laut Umweltbericht die Grundwasserneubildung stark eingeschränkt ist.

Herr Warnecke sagt eine Prüfung zu.

Protokollnotiz: Im Bereich des Bebauungsplans LE 2 wird das anfallende Regenwasser von Straßen, Gebäudedächern und sonstiger Verkehrsflächen aus dem Gebiet herausgeleitet und steht einer Grundwasserneubildung nicht mehr zur Verfügung. Die erlaubnisfreie Nutzung des Grundwassers durch Gartenbrunnen kommt noch hinzu. Zusammenfassend ist die Grundwasserneubildungsrate deutlich eingeschränkt.

Frau Dr. Goclik fragt, inwieweit § 34 BauGB die Möglichkeit vorsieht, bei Neubau Regelungen zu Brutstätten von Vögeln und Fledermäusen zu berücksichtigen.

Herr Warnecke sagt, dass neue ökologische Anforderungen hiervon nicht erfasst sind.

Es wird sich auf Anregung von Ratsfrau Palm darauf verständigt, den Bedarf für einen neuen Aufstellungsbeschluss während des Auslegungszeitraums zu beobachten und ggf. die Vorberatung zur Behandlung der Stellungnahmen und zum Satzungsbeschluss für eine weiterführende Erörterung zu nutzen.

Beschluss:

"Der Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehndorf“, LE 2, (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938 sowie der Begründung wird zugestimmt. Die Aufhebungssatzung sowie die Begründung mit Umweltbericht und der aufzuhebende Bebauungsplan sind gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen."

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. **Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62
Stadtgebiet südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der
Volkmaroder Straße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss** 19-09931

Erörterung zusammen mit TOP 8, DS 19-09931. Siehe dortiges Wortprotokoll.
Die Abstimmung erfolgt in Abwesenheit von Ratsherr Manlik.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und sonstiger Stellen eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6 und Nr. 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Dibbesdorfer Straße-Süd“, QU 62, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

8. Änderung des städtebaulichen Vertrages "Dibbesdorfer Straße-Süd", QU 62, für den Bereich südlich der Dibbesdorfer Straße und nördlich der Volkmaroder Straße 19-09818

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage ein. Dem Wunsch des Investors, mehr Geschosswohnungsbau bei gleicher Bruttogeschossfläche zu realisieren, kann ohne Änderung des Bebauungsplan entsprochen werden. Geplant seien nunmehr 158 anstatt 110 Wohneinheiten, 54 Einfamilienhäuser und 104 Wohnungen. Hiervon sind 21 (zuvor 6) Wohnungen für den sozial geförderten Wohnungsbau. Prüfungen hätten ergeben, dass diese Umplanung keine auffallenden verkehrlichen Auswirkungen hat.

Ratsherr Dr. Mühlnickel bestärkt den Stadtbezirksrat 112 Wabe-Schunter-Beberbach in der Forderung, zusätzliche Bedarfe in den Bereichen Kita, Grundschule und sonstige Infrastruktur zu prüfen.

Ratsherr Dr. Mühlnickel, Ratsfrau Schneider und Bürgermitglied Dr. Schröter fragen, ob Beteiligungen, z. B. des Stadtbezirksrates, nachzuholen seien. Sie äußern insbesondere Bedenken zur verkehrlichen Erschließung.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Anmerkungen berücksichtigt werden. Trotz des ausgeweiteten Geschosswohnungsbaus sind die geplanten Baukörper im Rahmen des festgesetzten Maßes der baulichen Nutzung. Es gibt keine Veränderung an den überbaubaren Flächen und an der Gebäudehöhe (zweigeschossig), sodass die Festlegungen im Bebauungsplan bestehen bleiben können.

Bezüglich des Verkehrsaufkommens verweist er darauf, dass laut gutachterlicher Prüfungen kein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe.

Ratsherr Dr. Büchs übt Kritik am vermeintlich nachlässigen Umgang mit Naturschutzzbelangen. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen seien nicht ausreichend. Angeführte Gutachten und Umweltdaten seien erst kurzfristig zugänglich gemacht worden.

Bestandserfassungen seien erst im Juni und damit zu spät gestartet, sodass es nicht möglich gewesen sei, das ganze Artenspektrum abzubilden.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass weiterführende Unterlagen bereits zur öffentlichen Auslegung im Mai 2018 einsehbar gemacht wurden.

Herr Gekeler weist entschieden zurück, dass nachlässig gehandelt worden sei. Er zitiert aus dem Gutachten (2013) und stellt klar, dass sehr wohl das gesamte Artenschutzspektrum erfasst wurde, jedoch ggf. früh laichende Arten lediglich quantitativ nicht voll erfassbar gewesen seien. Bei Überprüfungen im Jahr 2018 habe die Kartierung ein identisches Artenspektrum festgestellt.

Ratsherr Dr. Büchs kritisiert eine nicht ausreichende Erfassung der Kammmolch-Population. Er fordert vorgezogene CEF-Ausgleichsmaßnahmen. Zudem seien die Schutzzonen kleiner gehalten als bei Untersuchungen zum interkommunalem Gewerbegebiet Braunschweig - Salzgitter.

Herr Gekeler weist darauf hin, dass aufgrund der Klassifizierung als Aue mit diversen Stillgewässern auf der Planfläche des interkommunalen Gewerbegebiets keine unmittelbare Vergleichbarkeit mit der aufgelassenen Gewerbefläche hergestellt werden könne. Die Stadt Braunschweig habe für geeigneten Artenschutz gesorgt und bereits vorsorgliche Maßnahmen durchführen lassen. Beispielsweise wurde eine Geländestufe im Osten der Planfläche eingebracht, um Amphibien-Wanderwege in einen östlich angrenzenden Bereich zu steuern. Diese Stufe verhindert ein Zurückwandern und wird erst nach der Fertigstellung der neuen Bebauung zurückgebaut.

Ratsherr Dr. Büchs kritisiert, der Umgang mit den vorgefundenen seltenen Libellenarten gehe aus den Unterlagen nicht hervor.

Bei der Umsiedlung der Heuschrecken sei keine Erfolgskontrolle erkennbar.

Herr Gekeler betont, dass hier gesetzlich keine CEF-Maßnahmen für diese Schrecken vorgeschrieben sind. Trotzdem sei eine Umsiedlung von etwa 150 Blauflügeligen Ödlandschrecken und ca. 240 Blauflügeligen Sandschrecken in 2014 bereits erfolgt. Bei der

Kontrolle im August 2014 waren beide Arten auf den Umsetzungsflächen in großer Individuenzahl vorhanden. Er sagt zu, dass bei dem anstehenden Monitoring (Festsetzungen im B-Plan) auch eine Kontrolle der umgesiedelten Schrecken mitberücksichtigt werde. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgen im vorgeschriebenen Umfang. Bei einer hier vorliegenden Industriebrache/Altlastenfläche gelte es, Leitarten zu kartieren und die entsprechenden naturschutzfachlichen / -gesetzlichen Maßnahmen abzuleiten. Eine akribische quantitative Untersuchung aller Arten ist unverhältnismäßig, zeit- und kostenintensiv und grundsätzlich nicht nötig. Es geht vielmehr darum, die jeweiligen Leitarten, streng geschützte Arten, etc. zu erfassen und daraus die richtigen Schlüsse für deren Erhalt und deren Lebensräume zu erarbeiten. Bei dieser Planung sei dies außerordentlich gut gelungen, mit den Planungen unterschiedlichster Lebensräume wie Trocken- und Feuchtbereiche im Osten, der Grünachse im Norden sowie der geplanten Anlagen innerhalb der Grünachse und dem Anschluss an die östlich angrenzenden Naturflächen.

Ratsfrau Schneider lobt die radverkehrliche Anbindung ans Ringgleis und die geplante Dachbegrünung. Sie hegt Bedenken für den Fall, dass der komplette Baustellenverkehr über die Dibbesdorfer Straße abgewickelt werde.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, es sei absehbar, mit dem Investor eine Vereinbarung treffen zu können, den Bauverkehr über die Volkmaroder Straße vorzusehen, um die Dibbesdorfer Straße zu entlasten.

Dem von Ratsfrau Schneider angeführten berechtigten Interesse nach gemeinschaftlichem Wohnen habe man hier nicht verwirklichen können, werde dieses grundsätzliche Ziel bei künftigen Projekten weiterverfolgen.

Frau Dr. Goclik fragt, inwieweit die Verwaltung mit ihren Vorgaben der Anforderung des Umweltbundesamtes "Null CO₂ bis 2050" (Energiekonzept 2050, 100% Strom aus erneuerbaren Quellen) Rechnung trage.

Stadtbaudirektor Leuer weist auf die bereits hohen Anforderungen aus der Energieeinsparverordnung hin. Es gelte, sensibel zu agieren. Ein Bebauungsplan sei nicht das optimale Instrument, großflächig zu höheren Anforderungen zu verpflichten.

Frau Dr. Goclik sieht es kritisch, dass die Umsiedlung der Heuschrecken zu einer Verdichtung im bestehenden Lebensraum geführt hat.

Durch die Veränderung im Bebauungsplan wird der Kinder- und Jugendspielplatz zulasten der im Baugebiet liegenden Ausgleichsfläche größer geplant. Dies sei bei der Berechnung und Festlegung der Ausgleichsflächen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Frau Dr. Goclik fragt nach dem Umgang mit der Eingabe des BUND bzgl. eines Verzichtes auf das Mulchen auf den Ausgleichsflächen wie auch bei der Unterhaltung des Regenrückhaltebeckens.

Herr Gekeler kündigt an, dass dem Hinweis des BUND-BS gefolgt wird, auf das für die Biodiversität schädliche Mulchen zu verzichten (s. Seite 10 und 12 der Anlage 7 bzw. Seite 137 und 139 der DS 19-09931).

(Die Abstimmung erfolgt in Abwesenheit von Ratsherr Manlik.)

Beschluss:

„Dem Abschluss eines Änderungsvertrages zum städtebaulichen Vertrag „Dibbesdorfer Straße-Süd“, QU 62, vom 13.06.2018 zwischen der Stadt Braunschweig, der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) und der Firma Capitalcon GmbH & Co. KG, Braunschweig, (Erschließungsträgerin) mit den unter Vertragsinhalten aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 1 Enthaltungen: 0

9. Überarbeitete Programmanmeldung Stadtumbau - Bahnstadt

18-09776

Erörterung zusammen mit TOP 17.2, Anfrage 19-09883. Stadtbaurat Leuer erläutert kurz die Beschlussvorlage. Herr Warnecke verliest die Stellungnahme 19-09883-01.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Büchs bestätigt Herr Warnecke die Absichtserklärung zum Grundstückserwerb. Ratsherr Dobberphul bittet zwecks umfänglicher Informierung um einen Ortstermin am Ringgleis im Jahr 2019. Die Verwaltung möge sich 2019 und 2020 intensiv mit dem Verlauf des Postgleises beschäftigen.

Protokollnotiz: Es ist kein solcher Ortstermin geplant. Hinweis: Die Deutsche Bahn AG lehnt dieses aus Verkehrssicherheits- und Haftungsgründen ab.

Herr Warnecke und Stadtbaurat Leuer betonen, dass Ringgleis und Postgleis ein wichtiges Projekt seien. Priorität habe es, das innere Stadtgebiet ab Ende 2019 komplett auf der ca. 19 km langen Ringgleis-Strecke umfahren zu können.

Stadtbaurat Leuer weist darauf hin, dass es bisher nur grobe Planungen gebe. Mit Erhalt des Förderbescheides etwa Mitte 2019 könne man mit detaillierteren Planungen starten.

Ratsfrau Schneider äußert sich lobend, dass aufwertungswürdige Wohnbereiche im Stadtbezirk Viewegsgarten-Bebelhof zum Geltungsbereich gehören.

Ratsherr Manlik regt an, eine Alternative zum Namen "Bahnstadt" zu finden.

Herr Dr. Schröter regt an, in einer Übersichtskarte Bahnstadt die Veränderungen kenntlich zu machen. Protokollnotiz: Als Anlage 3 beigefügt.

Beschluss:

„1. Das in Anlage 1 beschriebene Gebiet zwischen Bahnhof und A 39 soll durch Stadtumbaumaßnahmen umstrukturiert und mit Wohn- und gewerblichen Nutzungen neu entwickelt werden. Nach Gesprächen mit dem Fördergeber wurde der Umgriff des beantragten Fördergebietes gegenüber dem in der Vorlage 18-08153 beschriebenen zunächst verändert und auf ein geringeres Flächenvolumen festgelegt. Das in Anlage 1 dargestellte Gebiet wird gemäß § 171 b BauGB als Stadtumbaugebiet festgelegt. Der Beschluss vom 12. Juni 2018 wird mit diesem Beschluss aufgehoben.“

2. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft für die Durchführung der durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderten Stadtumbau-Gesamtmaßnahme in diesem Gebiet und ist bereit, ein Drittel der förderfähigen Kosten in Höhe von rund 7 Mio. Euro sowie die nicht förderfähigen Kosten in Höhe von rd. 2,5 Mio. € nach derzeitigem Stand der Planung aufzubringen. Die aufzubringenden Mittel verteilen sich voraussichtlich auf 15 Jahre Laufzeit.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Fördergebiet "Soziale Stadt - Donauviertel", Einsatz von Städtebaufördermitteln/Neugestaltung Durchwegung inkl. Müllstandort Am Lehanger 11 - 13

18-09740

Frau Dr. Goclik regt an, heimische Stauden auf den Grünflächen vorzusehen.

Beschluss:

„Dem Einsatz von Städtebaufördermitteln zur Mitfinanzierung der Neugestaltung der Durchwegung inkl. Müllstandort Am Lehanger 11 - 13 in Höhe von 149.414,88 € als Zuschuss an die Eigentümerin wird zugestimmt. Die Haushaltsmittel werden aus dem Projekt 4S.610039 „Weststadt Soziale Stadt - Donauviertel“ zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

**11. Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße
Beschlussvorlage**

18-09261

Beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-09261-01.

**11.1. Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße
Beschlussvorlage**

18-09261-01

TOP 11, 11.1 und 17.4 werden gemeinschaftlich erörtert. Herr Warnecke und Herr Benscheidt führen in die Thematik ein. Die Trassierung werde von Entscheidungsträgern der TU ausdrücklich begrüßt. Herr Benscheidt verliest die Stellungnahme 19-09846-01 (TOP 17.4).

Ratsherr Manlik bezeichnet das Dargestellte als "vorübergehend tragbare Lösung", "optisch und real nicht schön", z. B. die Kurvensituation. Er nennt Probleme, die bei der Benutzung durch verschiedene Beläge z. B. auf dem Gelände des Campus Nord auftreten können. Sand gerät auf gepflasterte Flächen und lässt insbesondere in Kurvenlagen Rutschgefahr entstehen. Möglicherweise weichen Radfahrende deshalb südlich durch die Wohngebiete Richtung Osten aus. Er wünscht eine bessere Lösung, z. B. durch Asphaltierungen. Er sieht außerdem im Bereich von brennecke GmbH (Landschaftsbau, Baumschule) Konfliktpotenzial in Bezug auf Autos, die mangels Parkplätzen den rot markierten Radfahrstreifen beparken. Dem könnte z. B. durch die Schaffung eines sich harmonisch ins Umfeld einfügenden erhöhten Bordsteins vorgebeugt werden. Im Bereich der Gärtnerei in der Wodanstraße sei das Einfahren durch Lkws erschwert, für den Zeitraum der Sperrung sei ihm keine Lösung bekannt. Problematisch seien außerdem die faktisch möglichen Abkürzungswege / Schleichverkehre. Eine bessere Lösung könne er nicht anführen und spreche sich insofern für den Vorschlag der Verwaltung aus. Nichtsdestotrotz solle die Verwaltung Nachbesserungen insbesondere zur Behebung der Gefährdungslagen prüfen.

Ratsherr Mühlnickel hält den Vorschlag der Verwaltung aktuell für die beste Lösung, obgleich langfristig nicht optimal. Er betont die Wichtigkeit der Wegweisung des Radverkehrs, z. B. an der Querungshilfe. Er fragt, was die Verwaltung beabsichtigt, um die Durchlässigkeit zur TU im Sinne kurzer Wege zu verbessern.

Frau Dr. Goclik fragt, was zu den Vegetationsflächen geplant ist. Sie appelliert, ökologisch zu planen, keinen Mutterboden und keine Grasaussaaten vorzusehen.

Herr Warnecke sagt, eine Durchlässigkeit zur TU sei gegeben.

Er sagt eine Berücksichtigung der Hinweise von Frau Dr. Goclik bei den Planungen zu.

Ratsfrau Palm lobt, dass die Verwaltung die Anforderungen zufriedenstellend erfüllt hat.

(Protokollnotiz: Bürgermitglied Herr Becker verlässt die Sitzung um ca. 18:40 Uhr.

Ratsherr Edelmann verlässt die Sitzung um ca. 18:45 Uhr, vor der Abstimmung.)

Beschluss:

„Der Weiterführung des Ringgleises als provisorische Führung zwischen Bienroder Weg und Beethovenstraße über Flächen der TU Braunschweig mit Gesamtkosten in Höhe von 146.500 € für Wegebau und Umbau der Verkehrsflächen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12. Neubau Okerbrücke Leiferde

18-09743

Erörterung zusammen mit TOP 3.3, Mitteilung 18-08782-01. Stadtbaurat Leuer betont die intensiven Nacharbeiten des FB 66, in dessen Ergebnis allen Anforderungen gerecht geworden ist. Dementsprechend hat auch der Stadtbezirksrat 211 der Beschlussvorlage 18-09743

am 29.01.2019 einstimmig zugestimmt. Die Vorzugsvariante wird von Herrn Gerstenberg inkl. Beamer-Präsentation vorgestellt.

Ratsherr Kühn fragt, ob nach Abriss der alten Brücke eine Behelfslösung für Querungswillige während der Bauzeit geplant ist.

Ratsherr Dr. Büchs fragt nach dem Erhalt einer Schwarzpappel am Ufer.

Ratsherr Dr. Büchs, Ratsfrauen Schneider und Gries loben, dass das Engagement von Bürgerinnen, Bürgern und Verwaltung zu dieser gelungenen gemeinschaftlichen Lösung geführt hat.

Frau Dr. Goclik regt an, Möglichkeiten zum Nisten für Rauchschwalben in der Brücke vorzusehen.

Ratsfrau Schneider fragt, wie es geschafft wurde, die Südtrasse förderfähig zu gestalten.

Herr Benscheidt sagt zu, dass es eingeplant sei, zu prüfen, ob es Bauzustände gibt, in denen die noch unfertige Brücke zur Querung genutzt werden kann (vgl. Überbau für Berkenbuschbrücke). Eine dauerhafte Behelfsbrücke gestaltet sich zu aufwändig.

Die Schwarzpappel werde geschützt und bleibe bestehen.

Die Förderfähigkeit habe sich dadurch ergeben, dass alle Projektbeteiligten und der Zuwendungsgeber von der außergewöhnlichen Gestaltung überzeugt werden konnten. Nähere Begründungen sind in den öffentlichen Unterlagen einsehbar.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Beschluss:

"Der Beschluss des Planungs- und Umweltausschusses vom 09.08.2018:

„Der Planung und Umsetzung der Nordtrasse einschl. des Neubaus der Okerbrücke Leiferde sowie des Neubaus der Kulkegrabenbrücke und des damit verbundenen Straßenausbaus wird zugestimmt“ wird aufgehoben.

Der Planung und Umsetzung der optimierten Südtrasse einschl. des Neubaus der Okerbrücke Leiferde mit einer lichten Weite von 29,50 m, ohne Schutzplanken und mit einer Traglast für alle nach StVZO zulässigen Kfz, sowie des Neubaus der Kulkegrabenbrücke und des damit verbundenen Straßenausbaus wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Signalisierung der Kreuzung Sachsendamm/Schlesiendamm/ Anschlussstelle Heidberg

18-09356

Ratsherr Manlik bittet, zu erwägen, die Erschließung des neuen Baugebietes mitzuberücksichtigen.

Herr Benscheidt erörtert auf Wunsch des Ratsherrn Kühn die Verbreiterung der Mittelinsel und die Anpassung der Signalisierung.

Frau Dr. Goclik fragt, ob es ortsnahe Ersatzpflanzungen für die zwei gefällten Bäume auf der Mittelinsel geben wird. Herr Benscheidt sagt Ersatzpflanzungen zu.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, an der Kreuzung Sachsendamm/Schlesiendamm/ Anschlussstelle Heidberg eine Lichtsignalanlage verbunden mit Umbauten an der Straße gemäß der Darstellung in dieser Vorlage zu errichten.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Einführung einer flächendeckenden Tempo-30-Zone im gesamten Gebiet Schwarzer Berg

19-09947

Ratsfrau Palm befürwortet das Vorhaben, insbesondere im Interesse der Familien mit Kindern.

Ratsherr Dr. Büchs spricht sich für entschleunigende gestalterische Maßnahmen, z. B. Pflanzflächen, aus.

Beschluss:

„Das Gebiet Schwarzer Berg wird als Tempo-30-Zone ausgewiesen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 2 Enthaltungen: 0

15. Verzicht auf Planfeststellung für die Sanierung der Gleisanlagen am Knotenpunkt Berliner Straße/Querumer Straße/An der Wabe

18-08809

(Herr Dr. Mühlnickel nimmt an der Abstimmung nicht teil.)

Beschluss:

„Dem Verzicht auf Planfeststellung für die Sanierung der Gleisanlagen am Knotenpunkt Berliner Straße/Querumer Straße/An der Wabe und dem damit verbundenen Umbau der Straße wird unter Abgabe der beschriebenen Stellungnahme zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Gewährung eines Zuschusses als kommunale Wohnraumförderung an das Studentenwerk OstNiedersachsen AdöR

19-09831

Stadtbaudirektor Leuer macht deutlich, dass sich nicht beantworten lässt, ob das Studentenwerk diese begrüßenswerte Investition in diesem Umfang auch ohne städtische Förderung getätigt hätte. Über eventuelle weitere Zuschussempfänger könnte aktuell keine Auskunft erteilt werden.

Beschluss:

„Der Gewährung eines Zuschusses als kommunale Wohnraumförderung in Höhe von 681.380 € an das Studentenwerk OstNiedersachsen AdöR wird vorbehaltlich der Bewilligung des Förderdarlehens des Landes Niedersachsen zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

17. Anfragen

17.1. Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs: "Bike+Ride-Offensive"

19-09845

Stadtbaudirektor Leuer verliest die Stellungnahme 19-09845-01.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2. Attraktive Fahrradstadt Braunschweig: Postgleis und Ringgleis 19-09883

Erörterung zusammen mit TOP 9, DS 18-09776. Siehe dortiges Wortprotokoll.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3. Umgestaltung Johannes-Selenka-Platz 19-09933

Die Stellungnahme der Verwaltung, Drucksache 18-09933-01, wird im Einvernehmen mit dem anfragenden und für diese Sitzung entschuldigten Ratsherrn Bley am 31.01.2019 schriftlich öffentlich gemacht.

17.4. Ringgleis-Nord: Bienroder Weg bis Beethovenstraße (DS 18-09261) 19-09846**Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg (DS 17-14831)**

Erörterung zusammen mit TOP 11 und 11.1, Beschlussvorlagen 18-09261 und 18-09261-01. Siehe dortiges Wortprotokoll.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17.5. Die Situation der verbliebenen Bewohner des Holzmoors 19-09892

Stadtbaudirektor Leuer verliest die Stellungnahme 19-09892-01.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17.6. Renaturierung Wabe-Süd 19-09909

Herr Warnecke verliest die Stellungnahme 19-09909-01.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

17.7. Mündliche Anfrage: Nahversorgung in Bevenrode - Sachstand

Ratsherr Dr. Mühlnickel fragt unter Bezug auf die Medienberichterstattung nach dem Sachstand.

Stadtbaudirektor Leuer erklärt, dass geprüft wird, in welcher Größenordnung ein Nahversorgungsmarkt angesiedelt werden kann. Sensibel seien die Wechselwirkungen mit nahe gelegenen Orten (z. B. Waggum). Die Verwaltung gebe aktuell ein kleines Gutachten in Auftrag, insbesondere zu der Frage, wieviel Verkaufsfläche wirtschaftlich ist, ohne umliegende Märkte zu schädigen. Ratsherr Dobberphul empfindet die Ansiedlung eines Nahversorgers in der Größenordnung von ca. 850 m² für angemessen.

Protokollnotiz: Mehr hierzu siehe Stellungnahme "19-10003-01 Nahversorgung in den Braunschweiger Stadtteilen".

17.8. Mündliche Anfrage: Entwicklung geschützter Tierarten - Monitoring, Landschaftsrahmenplan - Sachstand und Öffentlichkeitsarbeit

Ratsherr Dobberphul fragt nach Informationen zur Entwicklung geschützter Tierarten (Hämsster, Fledermäuse, Schwalben, Wiesenbrüter, Feldlerchen, Rebhühner, etc.), d. h. inwieweit öffentlich vermittelt wird, wie Umsiedlungen funktioniert haben, welche Populationen sich

vermehren und sich mindern. Ratsherr Dobberphul bittet um Informationen, wie es um die Artenvielfalt in Braunschweig steht, ggf. auch beispielhaft.

Herr Gekeler betont, dass es dafür einen Vergleich von zeitlichen Erfassungen braucht, die dann ausgewertet werden müssen. Durch das Artenschutzkonzept, diverse biologische Teilgutachten z. B. im Rahmen von Bebauungsplanverfahren oder Plangenehmigungsverfahren, etc. sowie durch Monitoringberichte an diversen Stellen liegen Aussagen zu bestimmten Flächen in Braunschweig vor. Eine daraus generierbare Aussage zum Zustand der Artenvielfalt ist jedoch mit einem nicht unerheblichen Arbeitsaufwand verbunden. Eine derartige Ausarbeitung sollte sinnvollerweise erst nach Vorliegen der Biodiversitätsstrategie angegangen werden.

Ratsherr Dr. Büchs fragt ergänzend nach dem Stand des Landschaftsrahmenplans. Seines Wissens sei die letzte Fassung vom Stand 1999, danach in Teilen überarbeitet worden.

Wäre dies nicht ein geeignetes Instrument für die Entwicklungsdarstellung der Artenvielfalt, fragt er.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Klärung zu.

(Protokollnotiz: Ratsherr Manlik verlässt die Sitzung um ca. 19:48 Uhr.)

Protokollnotiz:

Die Verwaltung plant, nach Fertigstellung der Biodiversitätsstrategie in die Erarbeitung einer Artenentwicklungsdarstellung einzusteigen und die hierfür geeigneten vorhandenen Gutachten, Berichte, Konzepte und auch Erkenntnisse aus dem Landschaftsrahmenplan (LRP) bzw. dem Biotopverbundkonzept zum Landschaftsrahmenplan zu nutzen. Es ist richtig, dass der LRP seit dem Jahre 2000 mit der Ersterarbeitung mit Stand 1999 vorliegt. In den letzten Jahren (2008 - 2014) konnten unter großem Einsatz der Unteren Naturschutzbehörde eine Aktualisierung des Schutzgutes „Tiere und Pflanzen“ für Flächen außerhalb der Kernstadt durchgeführt, eine detailliertere Biotopverbundplanung aufgestellt sowie die allgemeinen Ziele daran angepasst werden. Diese Teilaktualisierung des LRP wurde am 11. März 2015 im Planungs- und Umweltausschuss präsentiert.

17.9. Mündliche Anfrage: Wildschweine - Sachstand und ggf. Maßnahmen (aufbauend auf Stellungnahme 18-07947-01)

Ratsfrau Mundlos fragt (veranlasst durch Medienberichterstattung und aufbauend auf Stellungnahme „18-07947-01 Wildschweine auf dem Vormarsch?“ in der Ratssitzung vom 24.04.2018), welche aktuellen Erkenntnisse es zur Entwicklung der Wildschweinpopulation im Stadtgebiet Braunschweig gibt, inwieweit Probleme auftreten und Maßnahmen ergriffen werden.

Protokollnotiz: FB 32 nahm dies zum Anlass, die Mitteilung außerhalb von Sitzungen „19-10058 Maßnahmen zur Regulierung der Wildschweinpopulation“ am 15.02.2019 zur Kenntnis zu geben.

gez. Palm

gez. Leuer

gez. Matoš

Vorsitz
Palm

Stadtbaudirektor
Leuer

Schriftführung
Matoš